

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Ausschuss für Jugend, Umwelt, Kultur, Sport und Soziales
Sitzungsnummer	AJUKSS/026/2019 Öffentliche Sitzung
Sitzungsdatum	Montag, 25.11.2019
Sitzungsbeginn	18:00 Uhr
Sitzungsende	21:30 Uhr
Sitzungsort	Stadthalle, Saal 3

Teilnehmerliste

Vorsitzende

Frau Petra Ludwig

CDU-Fraktion

Herr Peter Piaskowski

für Frau Verena Nast

Frau Britta Uhe

Herr Thomas Zarda

für Herrn André Hartmann

SPD-Fraktion

Herr Dr. Rainer Dambeck

ab TOP 1

Herr Sven Hölzel

ab TOP 1

Frau Sieglinde Kilb

Herr Volker Nies

bis TOP 1

Herr Marius Weiß

bis TOP 1

FWG-Fraktion

Herr Werner Frank

Frau Karin Gänßler

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Carsten Enge

Herr Martin Stappel

FDP-Fraktion

Herr Christian Ehrentraut

Vertreter des Magistrats

Herr Christian Herfurth

Mitglieder der Verwaltung

Herr Jörg Jansen

Frau Birgit Pfirrmann

Herr Peter Werner

Herr Axel Wilz

Schriftführer

Herr Markus Tuschy

Ferner

Frau Ursula Anton-Müller

Stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin

Herr Gert Richter

Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher

19 Zuhörer

Tagesordnung

1		Genehmigung der letzten Niederschrift
2	149/2019	2. Nachtragssatzung
3	189/2019	Neufassung der Satzung über Sondernutzung an öffentlichen Straßen und über Sondernutzungsgebühren
4	239/2019	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Aktive Suche nach BewerberInnen für die Wahl des Ausländerbeirats 2020
5	248/2019	Antrag der CDU-Fraktion betr. Blaulichttag 2020
6	250/2019	Antrag der CDU-Fraktion betr. Bürgerbus Waldems/Quartier 4
7	253/2019	Antrag der CDU-Fraktion betr. Idsteiner Klimaschutztage
8	257/2019	Antrag der CDU-Fraktion betr. Wärmerückgewinnung aus Abwasser
9	258/2019	Antrag der SPD-Fraktion betr. Änderung der Gebührensatzung für Kindertagesstätten
10		Haushalt 2020
10.1	242/2019	Sammelantrag der FDP-Fraktion betr. Haushaltsplanentwurf 2020
10.2	244/2019	Sammelantrag der CDU-Fraktion betr. Haushaltsplanentwurf 2020
10.3	245/2019	Sammelantrag der SPD-Fraktion betr. Haushaltsplanentwurf 2020
10.4	259/2019	Sammelantrag der FWG-Fraktion betr. Haushaltsplanentwurf 2020
10.5	261/2019	Sammelantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Idstein betr. Haushaltsplanentwurf 2020
10.6	262/2019	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Idstein betr. Zurückweisung des Haushaltsentwurfes 2020 an den Magistrat zur Überarbeitung
10.7	193/2019	Haushaltsplan 2020
11		Mitteilungen des Magistrats
12		Verschiedenes

Die Vorsitzende des Ausschusses für Jugend, Umwelt, Kultur, Sport und Soziales, Stadtverordnete Ludwig, begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die 26. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Jugend, Umwelt, Kultur, Sport und Soziales in der Stadthalle Saal 3 in Idstein.

Dem Ausschuss liegen die nachfolgenden Dokumente und Drucksachen als Tischvorlage vor:

1. Bericht der P & P Treuhand GmbH betr. Stadtwerke Idstein (SWI) „Eigenkapitalverzinsung 2018“
2. Drucksache-Nr. 261/2019 Sammelantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Haushaltsplanentwurf 2020
3. Drucksache-Nr. 262/2019 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Zurückweisung des Haushaltsplanentwurfes 2020 an den Magistrat zur Überarbeitung
4. Veränderungsliste nach Beschlussfassung im Magistrat (Stand 25. November 2019) zum Haushalt 2020

Die SPD-Fraktion beantragt, dass die Drucksache-Nr. 246/2019 Antrag der CDU-Fraktion betr. Altes Rathaus Heftrich, die Drucksache-Nr. 252/2019 Antrag der CDU-Fraktion betr. Gemeindeschwester 2.0 und die Drucksache-Nr. 254/2019 Antrag der CDU-Fraktion betr. Kulturfonds Frankfurt RheinMain von der Tagesordnung genommen und in der nächsten Ausschusssitzung beraten werden.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, dass die Drucksache-Nr. 261/2019 Sammelantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Haushaltsplanentwurf 2020 und die Drucksache-Nr. 262/2019 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Zurückweisung des Haushaltsplanentwurfes 2020 an den Magistrat zur Überarbeitung in der Tagesordnung aufgenommen wird.

Der Ausschuss stimmt den Änderungsanträgen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Tagesordnung zu.

Stadtverordneter Weiß beantragt die Vertagung der Beratung zum Haushaltsplanentwurf 2020. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schließt sich dem Antrag der SPD-Fraktion an und verweist im weiteren Verlauf der Beratungen auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Drucksache-Nr. 261/2019 betr. Haushaltsplanentwurf 2020 und zur Drucksache-Nr. 262/2019 betr. Zurückweisung des Haushaltsplanentwurfes 2020 an den Magistrat zur Überarbeitung hin. Bürgermeister Herfurth erläutert, dass im Magistrat die Änderungsliste (Tischvorlage) beschlossen wurde und damit verbunden dem Ausschuss ein genehmigungsfähiger Haushaltsplan 2020 mit einem positiven Abschluss zur Beratung vorliegt.

Stadtverordneter Piaskowski erläutert, dass dem Ausschuss alle relevanten Daten und Unterlagen zur Beratung des Haushaltsplanentwurfes 2020 vorliegen. Stadtverordneter Ehrentraut fragt an, wie die Daten in der Veränderungsliste hinsichtlich der Steuereinnahmen ermittelt wurden. Bürgermeister Herfurth erläutert die entsprechenden Veränderungen in den Einnahmepositionen der vom Magistrat beschlossenen Veränderungsliste und verweist auf die Beratung hinsichtlich der Steuereinnahmen im Haupt- und Finanzausschuss.

Stadtverordneter Enge beantragt eine kurze Sitzungsunterbrechung. Der Ausschuss stimmt einer fünfminütigen Sitzungsunterbrechung zu.

Stadtverordneter Piaskowski beantragt die Beratung der Sammelanträge der Fraktionen zum Haushalt 2020 gemäß der Tagesordnung im Ausschuss, jedoch ohne Abstimmung bzw. Beschlussfassung. Des Weiteren sollte in einer gesonderten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und bei Bedarf in einer gesonderten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung noch in diesem Jahr ein Beschluss zum Haushalt 2020 erfolgen.

Stadtverordneter Weiß beantragt eine kurze Sitzungsunterbrechung. Der Ausschuss stimmt einer zweiminütigen Sitzungsunterbrechung zu.

Stadtverordneter Richter erläutert den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Zurückweisung des Haushaltsplanentwurfes 2020 an den Magistrat zur Überarbeitung und verweist auf die Beantwortung der Fragen zu Ziffer 2 a bis 2 c in der Beschlussfassung wie folgt:

Der Magistrat wird beauftragt,

- a) die aktuellen Zahlen des Finanzplanungserlasses einzuarbeiten und die voraussichtliche Kreisumlage und Schulbauumlage anzugeben,
- b) für die Betriebskosten der ISF und den benötigten Betriebskostenzuschuss genauere und belastbare Zahlen anzugeben sowie
- c) Vorschläge zu möglichen Einsparungen und Mehreinnahmen zu machen, um eine Steuererhöhung möglichst zu vermeiden.

Stadtverordneter Weiß beantragt, dass die für den Ausschuss relevanten Punkte betr. Sammelanträge der Fraktionen zum Haushaltsplanentwurf 2020 gemäß der vorliegenden Tagesordnung beraten werden sollen und in einer gesonderten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses eine Beschlussfassung erfolgt.

Stadtverordneter Richter beantragt, dass die Beantwortung der Fragen zu Ziffer 2 a bis 2 c in der Beschlussfassung zur Drucksache-Nr. 262/2019 vor der gesonderten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses mit der aktuellen Veränderungsliste den Fraktionen per Mail zugesendet wird.

Beschluss

1. Die Sammelanträge der Fraktionen zum Haushaltplanentwurf 2020 werden gemäß der vorliegenden Übersichtsliste der Verwaltung beraten bzw. zur Kenntnis genommen.
2. Der Magistrat wird beauftragt,
 - a) die aktuellen Zahlen des Finanzplanungserlasses einzuarbeiten und die voraussichtliche Kreisumlage und Schulbauumlage anzugeben,
 - b) für die Betriebskosten der ISF und den benötigten Betriebskostenzuschuss genauere und belastbare Zahlen anzugeben sowie
 - c) Vorschläge zu möglichen Einsparungen und Mehreinnahmen zu machen, um eine Steuererhöhung möglichst zu vermeiden.
3. In einer gesonderten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses ist über die Veränderungsliste des Magistrats, die Sammelanträge der Fraktionen und über den Haushaltsplanentwurf 2020 zu beraten.

Der Ausschuss stimmt der Verfahrensänderung betr. Haushaltsplanentwurf 2020 zu.

Die Vorsitzende, Stadtverordnete Ludwig, dankt der Verwaltung für die Erstellung der zu den Anträgen der Fraktionen zum Haushaltsplanentwurf 2020 vorliegenden Übersichtsliste. Es besteht Einvernehmen, dass der Austausch über die für den Ausschuss relevanten Punkte zum Tagesordnungspunkt 10 betr. Haushalt 2020 über die strukturierte verwaltungsseitige Übersichtsliste erfolgt.

Protokollierung

1	Genehmigung der letzten Niederschrift
---	--

Bemerkungen:

Stadtverordneter Dr. Dambeck beantragt eine redaktionelle Änderung in der Niederschrift zu Tagesordnungspunkt 7 betr. Beitritt zum Landschaftspflegeverband Rheingau Taunus e. V. (LPV). Demnach ist nach dem Satz „Stadtverordneter Dr. Dambeck geht noch einmal auf die Erläuterungen zu den Leistungen des Landschaftspflegeverbandes durch Frau Kraft in der Ausschusssitzung vom 6. Mai 2019 ein“ zu ergänzen „Weiterführend merkt Stadtverordneter Dr. Dambeck an, dass er die Präsentation von Frau Kraft als hilfreich empfunden hat. Die zahlreichen Vorteile hinsichtlich eines Beitritts der Stadt Idstein zum Landschaftspflegeverband Rheingau Taunus e. V. (LPV) waren sehr überzeugend vorgetragen worden.“

Beschluss:

Die Niederschrift über die 25. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Jugend, Umwelt, Kultur, Sport und Soziales vom 21. Oktober 2019 mit der Änderung zu Tagesordnungspunkt 7 wird genehmigt.

2	149/2019	2. Nachtragssatzung
---	-----------------	----------------------------

Bemerkungen:

Bürgermeister Herfurth erläutert die wesentlichen Bestandteile der 2. Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2019.

Beschluss:

1. Die 2. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019 wird wie folgt beschlossen:

Aufgrund des § 98 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. März 2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 21. Juni 2018 (GVBl. S.291) hat die Stadtverordnetenversammlung am XX.XX.2019 folgende 2. Nachtragsatzung beschlossen:

§ 1

Mit dem 2. Nachtragshaushaltsplan werden

	erhöht um EUR	vermindert um EUR	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplans einschließ- lich der Nachträge	
			gegenüber bisher EUR	auf nunmehr EUR festgesetzt
a) im Ergebnishaushalt				
im <u>ordentlichen Ergebnis</u>				
die Erträge	0,--	0,--	60.052.540,--	60.052.540,--
die Aufwendungen	0,--	0,--	59.892.100,--	59.892.100,--
der Saldo		0,--	160.440,--	160.440,--
im <u>außerordentlichen Ergebnis</u>				
die Erträge			0,--	
die Aufwendungen			0,--	
der Saldo			0,--	
b) im Finanzhaushalt				
aus <u>laufender Verwaltungstätigkeit</u>				
der Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen	0,--	0,--	3.153.060,--	3.153.060,--
aus <u>Investitionstätigkeit</u>				
die Einzahlungen	0,--	0,--	1.325.250,--	1.325.250,--
die Auszahlungen	0,--	5.100.000,--	10.825.900,--	5.725.900,--
der Saldo	5.100.000,--		-9.500.650,--	-4.400.650,--
aus <u>Finanzierungstätigkeit</u>				
die Einzahlungen	0,--	5.100.000,--	7.495.650,--	2.395.650,--
die Auszahlungen	0,--		2.937.800,--	2.937.800,--
der Saldo		5.100.000,--	4.557.850,--	-542.150,--

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 7.495.650,-- EUR um 5.100.000,-- EUR vermindert und damit auf 2.395.650,-- EUR neu festgesetzt. Darin sind Kredite aus dem Hessischen Kommunalinvestitionsprogramm in Höhe von 321.000,-- EUR enthalten.

§ 3

Der bisherige Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird nicht geändert.

§ 4

Der bisherige Höchstbetrag der Liquiditätskredite, die zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird gegenüber dem bisherigen Höchstbetrag von 8.000.000,-- EUR um 3.000.000,-- EUR vermindert und damit auf 5.000.000,-- EUR neu festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden nicht geändert.

§ 6

Das bisherige Haushaltssicherungskonzept wird nicht geändert.

§ 7

Der bisherige Stellenplan wird nicht geändert.

§ 8

Die bisherige Budgetierungsrichtlinie gilt unverändert weiter.

§ 9

Die bisherigen Wertgrenzen gelten unverändert weiter.

§ 10

Die Erheblichkeitsgrenzen für die Zwecke der Periodenabgrenzung werden nicht geändert.

2. Der 2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 12 Nein: 0 Enthaltung: 0

Tagesordnung I

Berichterstatter: Festlegung erfolgt im HFA

3	189/2019	Neufassung der Satzung über Sondernutzung an öffentlichen Straßen und über Sondernutzungsgebühren
---	----------	--

Bemerkungen:

Bürgermeister Herfurth erläutert die Beschlussvorlage betr. Neufassung der Satzung über Sondernutzung an öffentlichen Straßen und über Sondernutzungsgebühren.

Stadtverordneter Piaskowski beantragt, dass in der Satzung die bisherigen Entgelte für die Gastronomie und den Einzelhandel beibehalten werden.

Beschluss zum Antrag des Stadtverordneten Piaskowski:

In der Neufassung der Satzung über Sondernutzung an öffentlichen Straßen und über Sondernutzungsgebühren ist die Höhe der bisherigen Entgelte für die Gastronomie und den Einzelhandel zu belassen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 12 Nein: 0 Enthaltung: 0

Stadtverordneter Stappel begrüßt die in der Satzung aufgeführte Strafgebühr in Höhe von 50 %. Weiterführend beantragt Stadtverordneter Stappel zu Ziffer 4.1 die Erhöhung für Tabakwaren von 8,00 € auf 25,00 € und für Zeitschriften, wie in der Neufassung der Satzung aufgeführt, bei 8,00 € zu belassen.

Beschluss zum Antrag des Stadtverordneten Stappel:

In der Neufassung der Satzung über Sondernutzung an öffentlichen Straßen und über Sondernutzungsgebühren zu Ziffer 4.1. wird das Entgelt für a) Tabakwaren auf 25,00 € und b) für Zeitschriften auf 8,00 € festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 12 Nein: 0 Enthaltung: 0

Beschluss:

1. Die Neufassung der Satzung über Sondernutzung an öffentlichen Straßen und über Sondernutzungsgebühren mit den beschlossenen Änderungen zu den Entgelten der Gastronomie und des Einzelhandels sowie die Änderungen Änderungen zu Ziffer 4. 1 wird gemäß Anlage 1 zur Drucksache-Nr. 189/2019 beschlossen. Die Änderungen der Satzung sind in der Synopse (Anlage 2 zur Drucksache-Nr. 189/2019) rot markiert.
2. Die Satzung über Sondernutzung an öffentlichen Straßen und über Sondernutzungsgebühren der Stadt Idstein vom 29. Mai 1978 in der Fassung der 2. Änderung vom 22. Oktober 2001 tritt am 31. Dezember 2019 außer Kraft.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 12 Nein: 0 Enthaltung: 0

Tagesordnung II

4	239/2019	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Aktive Suche nach BewerberInnen für die Wahl des Ausländerbeirats 2020
---	----------	--

Bemerkungen:

Stadtverordneter Stappel erläutert den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Aktive Suche nach BewerberInnen für die Wahl des Ausländerbeirats 2020.

Die FWG-Fraktion regt an, dass die Informationen zur Wahl des Ausländerbeirats 2020 auf der städtischen Homepage veröffentlicht werden.

Bürgermeister Herfurth erläutert, dass die Verwaltung proaktiv auf die bevorstehende Wahl, welche für November 2020 geplant ist, auf die Bedingungen sowie den Nutzen einer Kandidatur für den Ausländerbeirat hinweisen sowie für die Ausübung des Wahlrechts werben wird.

Nach eingehender Beratung im Ausschuss wird beantragt, dass im Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Aktive Suche nach BewerberInnen für die Wahl des Ausländerbeirats 2020 das Wort „Aktive“ gestrichen wird.

Beschluss zum Antrag

Im Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Aktive Suche nach BewerberInnen für die Wahl des Ausländerbeirats 2020 wird das Wort „Aktive“ gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 12 Nein: 0 Enthaltung: 0

Beschluss:

1. Der Magistrat wird gebeten, die zur 2020 anstehenden Wahl des Ausländerbeirats aktiv und passiv wahlberechtigten Idsteiner Mitbürgerinnen und Mitbürger proaktiv auf die bevorstehende Wahl sowie Möglichkeit, Bedingungen und Nutzen einer Kandidatur für den Ausländerbeirat hinzuweisen und für die Ausübung des (aktiven und passiven) Wahlrechts zu werben.
2. Dabei sollten ggf. bereits existierende Angebote, Materialien und Kooperationsmöglichkeiten anderer Stellen (z. B. der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen - agah) genutzt werden, um Synergieeffekte zu erzielen und eine möglichst nutzergerechte Methode bei Verringerung des verwaltungsseitigen Aufwandes zu erreichen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 12 Nein: 0 Enthaltung: 0

Tagesordnung II

5	248/2019	Antrag der CDU-Fraktion betr. Blaulichttag 2020
---	----------	---

Bemerkungen:

Stadtverordneter Piaskowski erläutert den Antrag der CDU-Fraktion betr. Blaulichttag 2020.

Bürgermeister Herfurth merkt an, dass im Haushaltsplanentwurf 2020 wieder eine Sportlerehrung eingeplant ist.

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, im Jahr 2020 einen Blaulichttag in Idstein vorzubereiten und durchzuführen. Dieser Blaulichttag ist entsprechend anzukündigen und bei den Betroffenen zu bewerben.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig zugestimmt

Ja: 12 Nein: 0 Enthaltung: 0

Tagesordnung II

6	250/2019	Antrag der CDU-Fraktion betr. Bürgerbus Waldems/Quartier 4
---	----------	--

Bemerkungen:

Stadtverordneter Piaskowski erläutert den Antrag der CDU-Fraktion betr. Bürgerbus Waldems/Quartier 4, wonach um einen Sachbericht über den Einsatz gebeten wird.

Bürgermeister Herfurth berichtet über den Bürgerbus. Die Stellungnahme der Verwaltung wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, sich einen Tätigkeitsbericht von den Betreibern des Bürgerbusses von Quartier 4 vorlegen zu lassen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig zugestimmt

Ja: 12 Nein: 0 Enthaltung: 0

Tagesordnung II

7	253/2019	Antrag der CDU-Fraktion betr. Idsteiner Klimaschutztage
---	----------	---

Bemerkungen:

Stadtverordneter Piaskowski erläutert den Antrag der CDU-Fraktion betr. Idsteiner Klimaschutztage.

Herr Wilz merkt an, dass die Planung und Durchführung der beantragten Veranstaltung im Jahr 2020 nicht leistbar ist, jedoch mit genügend Vorlauf für die Planungen im Jahr 2021, mit einer Erhöhung der personellen Kapazitäten, realisierbar wäre. Weiterführend erläutert Herr Wilz, dass die Einnahmen über die Standgebühren nicht für die erforderlichen Aufwendungen ausreichen.

Stadtverordneter Enge begrüßt den Antrag und beantragt, dass die Maßnahme „Idsteiner Klimaschutztage“ in das zu erstellende Klimaschutzkonzept aufgenommen wird.

Beschluss zum Antrag des Stadtverordneten Enge:

Im Rahmen der Erarbeitung des Klimaschutzkonzepts der Stadt Idstein ist die Maßnahme „Idsteiner Klimaschutztage“ mit aufzunehmen, zu bewerben und auf die Machbarkeit zu prüfen (technisch-wirtschaftlich).

Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich zugestimmt

Ja: 7 Nein: 5 Enthaltung: 0

Stadtverordneter Frank regt an, dass die Technik „Brennstoffzelle“ in der Planung zur Maßnahme „Idsteiner Klimaschutztage“ im Veranstaltungskonzept implementiert und entsprechend beworben wird.

Die CDU-Fraktion beantragt in der Beschlussfassung die Änderung der Jahreszahl in 2021 mit der Begründung, dass so für die Planungen der Maßnahme „Idsteiner Klimaschutztage“ ausreichend Zeit eingeräumt wird.

Beschluss zum Antrag der CDU-Fraktion:

Der Ausschuss stimmt der Änderung in der Beschlussfassung zur Jahreszahl 2021 zu.

Im Ausschuss besteht Einvernehmen darüber, dass das Thema „Idsteiner Klimaschutztage“ ins Klimaschutzkonzept der Stadt Idstein aufzunehmen ist.

Beschluss:

1. Der Magistrat wird aufgefordert ab dem Jahr 2021 im zweijährigen Rhythmus analog den Gesundheitstagen einen Klimaschutztag in und um die Stadthalle herum durchzuführen.
2. Einnahmen und Ausgaben sind im Haushalt darzustellen.
3. Im Rahmen der Erarbeitung des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Idstein ist die Maßnahme „Idsteiner Klimaschutztage“ mit aufzunehmen, zu bewerben und auf die Machbarkeit zu prüfen (technisch-wirtschaftlich).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 12 Nein: 0 Enthaltung: 0

Tagesordnung II

8	257/2019	Antrag der CDU-Fraktion betr. Wärmerückgewinnung aus Abwasser
---	----------	---

Bemerkungen:

Stadtverordneter Piaskowski erläutert den Antrag der CDU-Fraktion betr. Wärmerückgewinnung aus Abwasser.

Stadtverordneter Enge merkt an, dass der Antrag im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Idstein zu beraten sei.

Stadtverordneter Frank erläutert, dass der Wirkungsgrad hinsichtlich der Wärmerückgewinnung aus Abwasser insbesondere bei Einleitung von Mischwasser niedrig und somit nicht effizient und wirtschaftlich ist.

Herr Wilz erläutert, dass das Thema Wärmerückgewinnung aus Abwasser seit Jahren im Bereich der Abwasserentsorgungsanlagen sowie im Kläranlagenbereich diskutiert wird. Die Stadtwerke Idstein haben bereits 2013 das Thema mit dem Kläranlagenbetriebsverband erörtert. Weiterführend berichtet Herr Wilz über die nachfolgenden Voraussetzungen:

1. Im Bereich des Wärmetauschers in dem Kanalsammler sollten mind. 5.000 Einwohner angeschlossen sein.
2. In nächster Nähe sollte ein ausreichend großer Wärmeabnehmer (z. B. Rathaus, Schule, Kindergarten, Sporthalle) vorhanden sein, der die erzeugte Wärme abnimmt. Die Entfernung zwischen der Kanalisation und dem Wärmeabnehmer sollte im bebauten Bereich max. 100 m und im unbebauten Bereich höchstens 300 m betragen.

3. Ein Einbau von Wärmetauschern in das Leitungsnetz darf nicht zu hydraulischen Engpässen führen.
4. Bei Neubauten von Kanalleitungen sind die baulichen Voraussetzungen bereits in der Planung zu berücksichtigen.

Spezielle Rahmenbedingungen sind erforderlich um einen nutzbaren Wärmegewinn aus dem Abwasser unter Berücksichtigung der Einleitung von Mischwasser (geringer Wirkungsgrad) zu erzielen.

Stadtverordneter Enge beantragt, dass die Maßnahme „Wärmerückgewinnung aus Abwasser“ in das zu erstellende Klimaschutzkonzept aufgenommen wird.

Beschluss zum Antrag des Stadtverordneten Enge:

Im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Idstein ist die Maßnahme „Wärmerückgewinnung aus Abwasser“ mit aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich zugestimmt

Ja: 7 Nein: 5 Enthaltung: 0

Nach eingehender Beratung im Ausschuss besteht Einvernehmen darüber, dass das Thema „Wärmerückgewinnung aus Abwasser“ ins Klimaschutzkonzept der Stadt Idstein aufzunehmen ist.

Beschluss:

1. Der Magistrat wird aufgefordert eine Machbarkeitsstudie zum Thema Wärmerückgewinnung aus Abwasser in Auftrag zu geben.
2. Die entsprechenden Mittel sind im Haushalt darzustellen.
3. Im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Idstein ist die Maßnahme „Wärmerückgewinnung aus Abwasser“ mit aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich zugestimmt

Ja: 11 Nein: 1 Enthaltung: 0

Tagesordnung II

9	258/2019	Antrag der SPD-Fraktion betr. Änderung der Gebührensatzung für Kindertagesstätten
---	----------	--

Bemerkungen:

Stadtverordnete Kilb erläutert den Antrag der SPD-Fraktion betr. Änderung der Gebührensatzung für Kindertagesstätten.

Die CDU-Fraktion lehnt den Antrag ab und merkt an, dass die 3. Stufe der Gebührenerhöhung um 7,5 % am 8. September 2017 beschlossen wurde.

Herr Jansen erläutert, dass bei einer Rücknahme der Gebührenerhöhung um 7,5 % im Haushaltsjahr 2020 mit Mindereinnahmen im Bereich der Kinderbetreuung in Höhe von ca. 85.000,00 € (ca. 45.000,00 € städtische Kindertagesstätten und ca. 40.000,00 € freie und kirchliche Kindertagesstätten) zu rechnen ist.

Die FWG-Fraktion lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Die Gebührensatzung für die Kindertagesstätten der Stadt Idstein (Nummer 520 in der Stadtrecht-Sammlung) wird wie folgt geändert:

In § 2 Absatz 7 werden die letzten beiden Tabellen gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Ja: 5 Nein: 6 Enthaltung: 1

Tagesordnung I

Berichterstatter: Festlegung erfolgt im HFA

10		Haushalt 2020
10.1	242/2019	Sammelantrag der FDP-Fraktion betr. Haushaltsplanentwurf 2020
10.2	244/2019	Sammelantrag der CDU-Fraktion betr. Haushaltsplanentwurf 2020
10.3	245/2019	Sammelantrag der SPD-Fraktion betr. Haushaltsplanentwurf 2020
10.4	259/2019	Sammelantrag der FWG-Fraktion betr. Haushaltsplanentwurf 2020
10.5	261/2019	Sammelantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Idstein betr. Haushaltsplanentwurf 2020
10.6	262/2019	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Idstein betr. Zurückweisung des Haushaltsentwurfes 2020 an den Magistrat zur Überarbeitung
10.7	193/2019	Haushaltsplan 2020

Bemerkungen:

Es besteht Einvernehmen, die Sammelanträge der Fraktionen in der Reihenfolge der von der Verwaltung vorgelegten Liste zu beraten. Eine Abstimmung über die Anträge der Fraktionen zum Haushaltsplanentwurf 2020 erfolgt nicht.

Die Ausschussvorsitzende Ludwig dankt der Verwaltung für die gute Vorarbeit hinsichtlich der vorgelegten Antragsliste der Fraktionen zum Haushaltsplanentwurf 2020.

Zu Lfd.-Nr. 7: Antrag der CDU-Fraktion betr. Liegenschafts- und Gebäudemanagement, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen „Wie ist der aktuelle Sachstand zum alten Rathaus in Heftrich? Themen: barrierefreier Zugang, Schulmensa“

Der Antrag der CDU-Fraktion zur Drucksache-Nr. 246/2019 betr. Altes Rathaus Heftrich wird in der nächsten Ausschusssitzung beraten.

Der Ausschuss nimmt den Antrag zur Kenntnis.

Zu Lfd.-Nr. 11: Antrag der CDU-Fraktion betr. Verkehrslenkung, -sicherung einschl. ordnungspolizeiliche Aufgaben, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen „Einführung eines "Blaulichttages", freier Eintritt für Polizei, Feuerwehr, DRK etc. in das Tournesolbad“

Dem Antrag der CDU-Fraktion zur Drucksache-Nr. 248/2019 betr. Blaulichttag 2020 wurde zugestimmt (vgl. Tagesordnungspunkt 5).

Zu Lfd.-Nr. 19: Antrag der FWG-Fraktion betr. Theater Abo „Wie sind aktuell die Abo-Preise. Seit wann bestehen diese? Ist hier eine jährliche Anpassung an z. B. die allgemeine Preisentwicklung angedacht?“

Stellungnahme:

Abo-Preise: 1. Kategorie 149,00 Euro, 2. Kategorie 120,00 Euro, 3. Kategorie 85,00 Euro. Freiverkauf: 30,50 Euro, 25,00 Euro, 19,00 Euro. Preise bestehen seit dieser Saison und wurden nach Umstellung auf Online-Tickets angepasst. Eine jährliche Anpassung ist bisher nicht angedacht.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Zu Lfd.-Nr. 20: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Theater, Privatrechtl. Leistungsentgelte „Wie groß ist das Defizit für das Sternstunden-Abo, wie kann das Defizit um die Hälfte verkleinert werden?“

Stellungnahme:

Zahlen zur Lfd.-Nr. 27: Das Defizit kann nicht um die Hälfte verkleinert werden, da die Stadt Idstein ein "spielfertiges Haus" einschl. des notwendigen Aufbaus zur Verfügung stellen muss.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Zu Lfd.-Nr. 21: Antrag der FDP-Fraktion betr. Musikpflege „Bitte genauere Angaben zur Sonderbezuschussung aufführen (Summen, Vereine)“

Stellungnahme:

Sonderbezuschussung 2019: Kirchenchor St. Martin (Claudio Monte Verdi) 1.000,00 Euro, Die Scheuer (Jugendbandwettbewerb Rolling Idstone) 500,00 Euro, Frauenchor Heftrich (Jubiläum und Konzert) 120,00 Euro, Idsteiner Kantorei (Messa di Gloria) 750,00 Euro, Idsteiner Kantorei (Requiem for the Living) 1.000,00 Euro.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Zu Lfd.-Nr. 22: Antrag der FDP-Fraktion betr. Sonstige Volksbildung „Welche Vereine erhalten diese Sonderförderung für welche Zwecke?“

Stellungnahme:

Es gibt in 2020 keine Ansätze, hierüber wurde die Jugendkunstschule Octopus bis 2018 abgewickelt.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Zu Lfd.-Nr. 23: Antrag der SPD-Fraktion betr. Kulturbahnhof „Wie ist der Sachstand zur Nachfolge von Frau Schreier?“

Stellungnahme:

Nachfolge bisher ungeklärt, vorübergehend wurden Aufgaben vom Referat WSK übernommen um den Betrieb bis Jahresende zu sichern. Personelle Ressourcen für eine dauerhafte Fortführung des Betriebes stehen jedoch nicht zur Verfügung.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Zu Lfd.-Nr. 24: Antrag der FDP-Fraktion betr. Kulturbahnhof „Welche Aufgaben sollen in welcher Organisationseinheit geleistet werden? Welche Beratungsleistungen sollen in welcher Höhe vergütet werden? Antrag: 50 %-Stelle?“

Bemerkungen:

Stadtverordneter Ehrentraut merkt an, dass der Kulturbahnhof nicht kostendeckend betrieben wird. Bürgermeister Herfurth erläutert, dass in den nächsten zwei Jahren die Nutzungsentgelte schrittweise erhöht werden.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Zu Lfd.-Nr. 25: Antrag der FWG-Fraktion betr. Kulturbahnhof, Senkung der Personalkosten auf 40.000,00 Euro.

Stellungnahme:

Sollte die neue Stelle nicht bereits Anfang 2020 besetzt werden können, muss der Kulturbetrieb im Kulturbahnhof vorübergehend eingestellt werden. Eine Kooperationsvereinbarung der Hochschule liegt vor. Kooperationsbudget 10.000,00 Euro. Nicht im Haushalt, da direkte Auszahlung.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Zu Lfd.-Nr. 26: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Kulturbahnhof „Warum wird der Kulturbahnhof nicht in die ursprünglich geplante GmbH überführt und im Gegenteil zusätzliche Personalkosten von 80.000,00 Euro eingestellt?“

Stellungnahme:

Mitteilung der Hochschule Fresenius im März 2018, dass an einer GmbH nicht festgehalten wird. Info HFA am 19.04.2018. Kooperationsvereinbarung der Hochschule liegt vor, jedoch noch nicht unterzeichnet.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Zu Lfd.-Nr. 27: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Theater „Darstellung der Erträge und der Aufwendungen mit Verkehrsverein“

Stellungnahme:

Saison 2018/2019 Gesamtaufwendungen (Stadt - Miete Stadthalle, Aufbauhelfer etc. und Agentur Landgraf) 106.800,00 Euro, Erträge (Eintrittsgelder) 66.200,00 Euro; Differenz = 40.600,00 Euro; davon städtischer Anteil = 31.700,00 Euro, jeweils abhängig von der Zahl der verkauften Abo's und Tickets im Freiverkauf. Der Verkehrsverein Idstein ist an der Durchführung des Theater-Abo's nicht beteiligt.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Zu Lfd.-Nr. 28: Antrag der FWG-Fraktion betr. Zuschuss für Initiative Quartier 4

Stellungnahme:

Siehe hierzu Erläuterungen zur Drucksache-Nr. 212/2019 der Stadtverordnetenversammlung vom 7. November 2019.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis. Der Antragsteller erklärt, dass mit der Beantwortung der Sachverhalt geklärt ist.

Zu Lfd.-Nr. 29: Antrag der FWG-Fraktion betr. Drucksache-Nr. 187/2019 Zuschuss für Gesundheitsförderung

Stellungnahme:

Die Mittel in Höhe von 10.000,00 Euro zur Ausgestaltung und Strukturaufbau der Gesundheitsförderung in Idstein wurde verwaltungsseitig empfohlen.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis. Der Antragsteller erklärt, dass mit der Beantwortung der Sachverhalt geklärt ist.

Zu Lfd.-Nr. 30: Antrag der SPD-Fraktion betr. Förderung der Integration „Wie schlüsselt sich die Kürzung um 7.000,00 Euro auf?“

Stellungnahme:

Im Rahmen der HH-Beratungen auf Verwaltungsebene wurde der Ansatz 2020 aufgrund des Rechnungsergebnisses 2018 sowie einer Budgetausschöpfung entsprechend gekürzt: Aufwendungen für übrige sonstige Zuweisungen und Zuschüsse (- 2.000,00 Euro); Aufwendungen für Zuschüsse für laufende Zwecke (- 5.000,00 Euro).

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis. Der Antragsteller erklärt, dass mit der Beantwortung der Sachverhalt geklärt ist.

Zu Lfd.-Nr. 31: Antrag der SPD-Fraktion betr. Förderung der Integration „Die Kürzung des Zuschusses für die Interkulturelle Woche um 2.000,00 Euro wird rückgängig gemacht.“

Stellungnahme:

Rechnungsergebnis 2018 = 3.833,61 Euro

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Zu Lfd.-Nr. 32: Antrag der FWG-Fraktion betr. Leistungen für Asylbewerber „Warum sind die Transferleistungen gestiegen, obwohl die Zahl der Flüchtlinge gesunken ist?“

Stellungnahme:

Die Kosten für den Familiennachzug müssen künftig von den Kommunen getragen werden.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis. Der Antragsteller erklärt, dass mit der Beantwortung der Sachverhalt geklärt ist.

Zu Lfd.-Nr. 33: Antrag der FDP-Fraktion betr. Förderung von Kindern an Schulen „Fördern RTK und Land die Schülerbetreuung und wenn ja, in welcher Höhe?“

Stellungnahme:

Der Kreis und das Land Hessen fördern jährlich die Betreuungsleistungen (Anzahl der Kinder und Betreuungsumfang sowie Leistungen der Stufe I oder der Stufe II) der Schulkinderbetreuung Idstein S.K.B.I. – e. V. an den vier Grundschulen und an der Förderschule Erich-Kästner-Schule. Im Jahr 2018 erhielt der Trägerverein für die Betreuung von bis zu 589 Kinder, darunter 557 Kinder die täglich mit einem warmen Mittagessen versorgt werden, insgesamt 189.065,00 Euro Kreis- und Landesmittel. Quelle: Verwaltungsbericht 2018 und Jahresbericht 2018 des S.K.B.I. – e. V. Trägervereins.

Die Stadt Idstein förderte die Betreuungsleistungen des S.K.B.I. – e. V. Trägervereins im Jahr 2018 in Höhe von 130.000,00 Euro.

Der Antragsteller erklärt, dass mit der Beantwortung der Sachverhalt geklärt ist.

Zu Lfd.-Nr. 34: Antrag der CDU-Fraktion betr. Offene Jugendarbeit „Während der Sommerferien zahlt die Stadt zur Verbilligung der Eintrittskarten in das Tournesol von Schülern mit Schülerschein einen Zuschuss von 1,50 Euro“

Stellungnahme:

Aktion wurde von 2010 bis letztmalig 2014 durchgeführt, komplette Abnahme von 600 Karten nach kurzer Zeit (bei max. 3 Stück pro Person). Regelung damals: Karte kostet bei uns 2,00 Euro, Tournesol schickt uns Rechnung über Restbetrag. Kosten bei 600 Karten: rund 3.000,00 Euro (ohne Einnahme). Durchschnittsalter der Nutzer: 12 Jahre.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Zu Lfd.-Nr. 36: Antrag der SPD-Fraktion betr. Städt. Kinderbetreuungseinrichtungen „Die Kindergartengebühren werden zum 01.01.2020 nicht erhöht. Die Erhöhung des Ansatzes um 25.500,00 Euro wird rückgängig gemacht.“

Mit Beschluss zur Drucksache-Nr. 258/2019 hat der Ausschuss den Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Zu Lfd.-Nr. 37: Antrag der SDP-Fraktion betr. Städt. Kinderbetreuungseinrichtungen „Laut aktueller Tabelle des Hessischen Finanzministeriums erhält Idstein im nächsten Jahr aus dem Programm "Starke Heimat Hessen" 395.566,00 Euro für Kinderbetreuung. Außerdem sind in ähnlicher Größenordnung Mittel aus dem Gute-Kita-Gesetz des Bundes zu erwarten. Ist das Geld im Haushalt etatisiert? Wenn ja, wo? Wenn nein, warum nicht?“

Stellungnahme:

1. Programm "Starke Heimat Hessen": ca. 275.000,00 Euro sind im HH 2020 für die städtischen sowie die freien und kirchlichen Kitas unter der Produktgruppe 06.365 eingeplant.
2. "Gute-Kita-Gesetz": Vertragsunterzeichnung erfolgte erst am 20.11.2019. Das Land plant ein Gesamtvolumen i. H. v. ca. 550 Mio. Euro für den Zeitraum 2020 - 2025. Eine Umsetzung der Änderung sowie Mitteilung der tatsächlich zur Verfügung stehenden Fördermittel wird erst im Jahr 2020 erwartet, sodass eine Mittelanmeldung/Etatisierung erst zu diesem Zeitpunkt erfolgen kann. Für das Programm "Starke Heimat Hessen" sowie das "Gute-Kita-Gesetz" ist zu beachten, dass den zu erwartenden Förderungseinnahmen erhöhte Ausgaben aufgrund der geforderten Qualitätssteigerung (Personalsicherung, verlängerte Öffnungszeiten) gegenüberstehen. Eine ausführliche Beantwortung erfolgte über eine separate Stellungnahme.

Der Antragsteller erklärt, dass mit der Beantwortung der Sachverhalt geklärt ist.

Zu Lfd.-Nr. 38: Antrag der FDP-Fraktion betr. freie und kirchliche Kinderbetreuungseinrichtungen „Wodurch entstehen die hohen Kosten für "Marie Juchacz?“

Stellungnahme:

Die höheren Aufwendungen (Kosten) begründen sich in der Containermiete für die Interimskita. Die Containermiete für die Interimskita beträgt im Jahr 2019 insgesamt 330.000,00 Euro. Im Vergleich soll die Miete (finales Angebot vom 23.04.2018) im Neubau jährlich 120.000,00 Euro betragen.

Der Antragsteller erklärt, dass mit der Beantwortung der Sachverhalt geklärt ist.

Zu Lfd.-Nr. 39: Antrag der CDU-Fraktion betr. freie und kirchliche Kinderbetreuungseinrichtungen „In die Tabelle bitte zukünftig die Angabe über die Zahl der Plätze und Belegung zu Stichtag März des Jahres“

Stellungnahme:

Wird zukünftig berücksichtigt.

Der Antragsteller erklärt, dass mit der Beantwortung der Sachverhalt geklärt ist.

Zu Lfd.-Nr. 40: Antrag der FDP-Fraktion betr. Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit „Wodurch ist die Aufwandsentschädigung für Ehrenamtliche im Jugendtreff "Stube" bedingt?“

Stellungnahme:

In der AWO „Die Stube“ sind keine Ehrenamtlichen tätig, sondern zwei im Wechsel unterstützende Honorarkräfte auf Stundenbasis. Im Jahr 2018 wurden an diese insgesamt 3.400,00 Euro Honorar ausgezahlt. An die Ehrenamtlichen der selbstverwalteten Jugendeinrichtungen (nicht Stube!) wurden insgesamt 5.100,00 Euro an Aufwandsentschädigungen gezahlt. Ansätze Etat 2020: Honorarkräfte 6.000,00 Euro, Ehrenamtliche 4.000,00 Euro (= Aufwandsentschädigungen)

Der Antragsteller erklärt, dass mit der Beantwortung der Sachverhalt geklärt ist.

Zu Lfd.-Nr. 41: Antrag der CDU-Fraktion betr. Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit „Den mobilen Jugendtreff "JUB" gibt es nicht mehr“

Stellungnahme:

Der Satz wird gestrichen. Aufsuchende Jugendarbeit wurde seit 2018 eingerichtet.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Zu Lfd.-Nr. 42: Antrag der SPD-Fraktion betr. Öffentliche Spiel- und Bolzplätze „Sind hier Planungsmittel für Bolzplatz/Freizeitanlage Wörsdorf erforderlich?“

Insofern es sich um die Planung zu einem Multifunktionsfeld handelt, erfolgt folgende Stellungnahme:

In den letzten Jahren sind viele Standorte geprüft und als ungeeignet befunden worden. Bei einem Gesprächstermin mit der TSG Wörsdorf ist die Frage aufgeworfen worden, ob es eine Möglichkeit ist, Teile des Naturrasenplatzes zu nutzen, den von beiden Seiten (Vereinsseitig und vom P+R Parkplatz aus) zugänglich zu machen und dort ein Multifunktionsfeld zu errichten. Hier muss eine konzeptionelle Vorklärung mit Vereinsvertretern, dem OBR und Amt 3 erfolgen. Fachliche Unterstützung und spätere Federführung von Amt 4 zugesagt.

Aus früheren Suchen nach geeigneten Standorten liegen Kostenvoranschläge aus 2013 für Multifunktionsfelder vor, die je nach Feldgröße zwischen 45.000,00 und 65.000,00 Euro liegen. "Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Der Antragsteller erklärt, dass mit der Beantwortung der Sachverhalt geklärt ist.

Zu Lfd.-Nr. 43: Antrag der CDU-Fraktion betr. Sportförderung „Wir begrüßen ausdrücklich die Wiedereinführung der Sportlerehrung und das neue Konzept“

Stellungnahme:

Die Umsetzung der Sportlerehrung ist für November 2020 geplant.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Der Antragsteller erklärt, dass mit der Beantwortung der Sachverhalt geklärt ist.

Zu Lfd.-Nr. 62: Antrag der SPD-Fraktion betr. Öffentlicher Personennahverkehr „Der Kreistag hat in seiner letzten Sitzung die Errichtung eines Jugend-Taxis beschlossen. Wie hoch wären die Kosten, wenn sich Idstein an dem Projekt beteiligt?“

Stellungnahme:

Das Projekt ist derzeit hier nicht bekannt. Kostenschätzungen können erst nach der Umsetzung durch den Rheingau-Taunus-Kreis erfolgen.

Der Antragsteller erklärt, dass mit der Beantwortung der Sachverhalt geklärt ist.

Zu Lfd.-Nr. 64: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Öffentliche Park- und Gartenanlagen/Landschaftsbau „Beitrag Landschaftspflegeverband“

Stellungnahme:

Wurde auf Veränderungsliste Verwaltung (20.000,00 Euro) nach Beschluss in der Stadtverordnetenversammlung vom 7. November 2019 bereits aufgenommen.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Der Antragsteller erklärt, dass mit der Beantwortung der Sachverhalt geklärt ist.

Zu Lfd.-Nr. 70: Antrag der FWG-Fraktion betr. Beitritt Landschaftspflegeverband

Stellungnahme:

Der Antrag entspricht der Beschlusslage der Stadtverordnetenversammlung, die nach der Aufstellung des HH-Plan-Entwurfs entstanden ist.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Zu Lfd.-Nr. 71: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Förderung der Landwirtschaft „2019: 15.000,00 Euro, 2020: 248.000,00 Euro warum diese Steigerung? Feldwege: was ist unbedingt notwendig in 2020, und was kann realistisch umgesetzt werden?“

Stellungnahme:

Die Ansätze resultieren aus den Jagdgenossenschaftsversammlungen im Jahre 2019 und früher. Die Instandsetzung der Wege in Dasbach wird um ein Jahr verschoben (s. Veränderungsliste). Der Ziegel (Kernstadt) ist ebenso wie der Weg auf dem Golfplatzgelände kaum passierbar und sollte im Haushalt verbleiben. Bei den restlichen Wegen werden die Kosten durch die Jagdgenossenschaften getragen und erscheinen in gleicher Höhe bei den Einnahmen.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Der Antragsteller erklärt, dass mit der Beantwortung der Sachverhalt geklärt ist.

Zu Lfd.-Nr. 75: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Umwelt- und Klimaschutz, Erträge aus Zuwendung „Klimaschutzbeauftragter“

Stellungnahme:

Antrag greift die wesentliche Maßnahme zur Beförderung des beschlossenen Klimaschutzkonzeptes auf. Für die Koordinierung und Begleitung von Maßnahmen der Öffentlichkeits- und Informationsarbeit sowie für die Umsetzung und Begleitung auch von Machbarkeitsuntersuchungen ist eine gezielte Ergänzung im Personalbestand der Stadtverwaltung erforderlich.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Zu Lfd.-Nr. 76: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Umwelt- und Klimaschutz, Personalaufwendungen „Klimaschutzbeauftragter“

Stellungnahme:

Antrag greift die wesentliche Maßnahme zur Beförderung des beschlossenen Klimaschutzkonzeptes auf. Für die Koordinierung und Begleitung von Maßnahmen der Öffentlichkeits- und Informationsarbeit sowie für die Umsetzung und Begleitung auch von Machbarkeitsuntersuchung ist eine gezielte Ergänzung im Personalbestand der Stadtverwaltung erforderlich.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Zu Lfd.-Nr. 77: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Umwelt- und Klimaschutz, Sach- und Dienstleistungen „Umsetzung Klimaschutzkonzept, mit Sperrvermerk bis zur Vorlage der Magistratsliste“

Stellungnahme:

Mit Einstellung eines Klimaschutzmanagers und der damit verbundenen fachlichen Expertise wie auch dem zeitlichen Budget kann die Umsetzung des beschlossenen Klimaschutzkonzeptes begonnen werden und die von der Stadtverordnetenversammlung beauftragte Strukturierung bzw. Priorisierung durch den Magistrat umgesetzt werden.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis. Sperrvermerk beantragt.

Der Antragsteller erklärt, dass mit der Beantwortung der Sachverhalt geklärt ist.

Zu Lfd.-Nr. 78: Antrag der SPD-Fraktion betr. Umwelt- und Klimaschutz, „Neue Position 3 „Kostenersatzleistungen und -erstattungen“ wird mit einem Ansatz von 32.000,00 Euro eingeführt (40 % Förderung Klimaschutzmanager).“

Stellungnahme:

Antrag greift die wesentliche Maßnahme zur Beförderung des beschlossenen Klimaschutzkonzeptes auf. Für die Koordinierung und Begleitung von Maßnahmen der Öffentlichkeits- und Informationsarbeit sowie für die Umsetzung und Begleitung auch von Machbarkeitsuntersuchungen ist eine gezielte Ergänzung im Personalbestand der Stadtverwaltung erforderlich.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Zu Lfd.-Nr. 79: Antrag der SPD-Fraktion betr. Umwelt- und Klimaschutz „Ansatz um 80.000,00 Euro für Klimaschutzmanager erhöhen“

Stellungnahme:

Antrag greift die wesentliche Maßnahme zur Beförderung des beschlossenen Klimaschutzkonzeptes auf. Für die Koordinierung und Begleitung von Maßnahmen der Öffentlichkeits- und Informationsarbeit sowie für die Umsetzung und Begleitung auch von Machbarkeitsuntersuchungen ist eine gezielte Ergänzung im Personalbestand der Stadtverwaltung erforderlich.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Zu Lfd.-Nr. 80: Antrag der CDU-Fraktion betr. Wirtschaftsentwicklung, Stadtmarketing, Privatrechtliche Leistungsentgelte „Einführung der Idsteiner Klimaschutztage in der Stadthalle, siehe separater Antrag“

Stellungnahme:

Die Organisation dieser Veranstaltung ist im Jahr 2020 personell nicht leistbar. Wenn die personellen Kapazitäten im Jahr 2020 geschaffen und auskömmliche Haushaltsmittel eingestellt würden, könnte eine solche Veranstaltung für das Jahr 2021 geplant werden. Eine Kostendeckung alleine aus den Standgebühren ist jedoch nicht zu erzielen (s. Stellungnahme zur Drucksache-Nr. 253/2019).

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Mit Beschluss zur Drucksache-Nr. 253/2019 hat der Ausschuss dem Antrag mit Ergänzungen zugestimmt.

Zu Lfd.-Nr. 81: Antrag der CDU-Fraktion betr. Wirtschaftsentwicklung, Stadtmarketing, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen „Einführung der Idsteiner Klimaschutztage in der Stadthalle, siehe separater Antrag“

Stellungnahme:

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Mit Beschluss zur Drucksache-Nr. 253/2019 hat der Ausschuss dem Antrag mit Ergänzungen zugestimmt.

Zu Lfd.-Nr. 82: Antrag der FWG-Fraktion betr. Wirtschaftsentwicklung, Stadtmarketing, Eisbahn „Gibt es dazu ein Konzept? Ist es eine Bahn aus Eis oder Kunststoff? Benutzungsgebühr? Evtl. streichen!“

Stellungnahme:

Konzept für eine Natur-Eisbahn liegt vor. Gesamtkosten 90.000,00 - 100.000,00 Euro, Finanzierung auch über Eintritt, Sponsoren und Stände. Ohne Zuschuss jedoch beim ersten Mal nicht umsetzbar. Risikoabdeckung auf Nachweis. (Verweis auf die MAG-Änderungsliste)

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Zu Lfd.-Nr. 83: Antrag der FWG-Fraktion betr. Wirtschaftsentwicklung, Stadtmarketing, Datenübertragungskosten „Wer ist Eigentümer der Anlage? Leasing oder Miete? Wieso entstehen Kosten?“

Stellungnahme:

Anlage soll gemietet werden. Refinanzierung über Entgelte, Standgebühren und Sponsoren nicht vollständig zu erreichen. Beantwortung der Frage betr. Datenübertragungskosten im HFA

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Zu Lfd.-Nr. 84: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Wirtschaftsentwicklung, Stadtmarketing, Eisbahn, „Zuwendung Eisbahn streichen“

Stellungnahme:

Ohne Zuschuss kann die Eisbahn nicht umgesetzt werden. Risikoabdeckung für den Verkehrsverein Idstein.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Zu Lfd.-Nr. 85: Antrag der SPD-Fraktion betr. Wirtschaftsentwicklung, Stadtmarketing, Eisbahn „Ansatz wird um 15.000,00 Euro (Zuschuss „Eisbahn“) reduziert.“

Stellungnahme:

Ohne Zuschuss kann die Eisbahn nicht umgesetzt werden. Risikoabdeckung für den Verkehrsverein Idstein.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Zu Lfd.-Nr. 88: Antrag der SPD-Fraktion betr. Wirtschaft und Tourismus „Sind in 2020 Erträge aus der "Taunusalm" auf dem Gelände des Alteburger Marktes zu erwarten?“

Stellungnahme:

Die erneute Umsetzung des Projektes "Taunusalm" ist sehr fraglich. Hess. Archäologie hat das Projekt "Taunusalm" positiv gelobt.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Zu Lfd.-Nr. 89: Antrag der CDU-Fraktion betr. Förderung des Tourismus „Wofür werden 20.000,00 Euro für touristische Hinweisschilder gebraucht?“

Stellungnahme:

Bestehende touristische Hinweisbeschilderung nur noch teilweise vorhanden. Die Neukonzeption ist für die gesamte Altstadt zur Orientierung für die Besucher unserer Stadt geplant.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Der Antragsteller erklärt, dass mit der Beantwortung der Sachverhalt geklärt ist.

Zu Lfd.-Nr. 97: Antrag der FWG-Fraktion betr. Klimaschutz, Einrichtung eines Klimatisches „Der Magistrat wird gebeten 2020 einen Klimatisch einzurichten!“

Stellungnahme:

Die Einrichtung eines Klimatisches ist eine sinnvolle Maßnahme und aus dem beschlossenen Klimaschutzkonzept abgeleitet. Für die Koordinierung und Begleitung von Maßnahmen der Öffentlichkeits- und Informationsarbeit ist eine gezielte Ergänzung im Personalbestand der Stadtverwaltung erforderlich.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Zu Lfd.-Nr. 98: Antrag der FWG-Fraktion betr. Klimaschutz, Infoveranstaltung der Verbraucherzentrale oder zu Fördermöglichkeiten „Der Magistrat wird gebeten 2020 mindestens eine Informationsveranstaltung in Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale zum Thema Energieeinsparung und zum Thema Fördermöglichkeiten für private Haushalte anzubieten.“

Stellungnahme:

Informationsveranstaltungen in der Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale zum Thema Energieeinsparung stellen eine sinnvolle Maßnahme dar, die aus dem beschlossenen Klimaschutzkonzept abgeleitet ist. Für die Koordinierung und Begleitung von Maßnahmen der Öffentlichkeits- und Informationsarbeit ist eine gezielte Ergänzung im Personalbestand der Stadtverwaltung erforderlich.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Zu Lfd.-Nr. 100: Antrag der FWG-Fraktion betr. Klimaschutz, Info auf der Webseite der Stadt vorhalten „Die Stadt soll Ihre Informationen auf der Webseite zum Thema Klimaschutz verbessern!“

Stellungnahme:

Für die Koordinierung und Begleitung von Maßnahmen der Öffentlichkeits- und Informationsarbeit ist eine gezielte Ergänzung im Personalbestand der Stadtverwaltung erforderlich.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Zu Lfd.-Nr. 101: Antrag der FWG-Fraktion betr. Klimaschutz „Einrichtung eines Klimaschutzfonds mit 50.000,00 Euro. Magistrat soll dazu eine Vorlage erstellen, welche Maßnahmen in welcher Höhe von Seiten der Stadt gefördert werden sollen (z. B. PV, Solarthermie, Wärmepumpen etc.)“

Begründung:

Kosten bzw. Teilkosten für den angedachten Klimaschutzmanager sollen besser in konkrete Unterstützung und Maßnahmen der Idsteiner Bevölkerung fließen, die mit Ihren Maßnahmen die Zielerreichung voranbringen.

Stellungnahme:

Für die Bearbeitung des Prüfauftrages wird eine externe Unterstützung erforderlich sein. Notwendig für die Umsetzung und Begleitung auch von Machbarkeitsuntersuchungen oder Prüfaufträgen ist eine Ergänzung im Personalbestand der Stadtverwaltung.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Zu Lfd.-Nr. 106: Antrag der FWG-Fraktion betr. Jugendherberge „Wie ist hier der aktuelle Sachstand? Wann wird es ein Gespräch im Ausschuss geben? Siehe Drucksache-Nr. 076/2018. Auszug aus der Stellungnahme: Herr Timo Neumann hat angeboten, dass er für weitere Gespräche offen ist und hat vorgeschlagen, hinsichtlich der weiteren Entwicklungen sowohl in Idstein und auch der Jugendherbergen in Hessen in Kontakt zu bleiben.“

Stellungnahme:

Anfang 2020 wird versucht, mit Herrn Neumann einen Termin abzustimmen. Siehe Mitteilung im AJUKSS vom 2. September 2019.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Der Antragsteller erklärt, dass mit der Beantwortung der Sachverhalt geklärt ist.

Zu Lfd.-Nr. 110: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Städtische Kinderbetreuungseinrichtungen „Kosten nächstes Mal bitte in Tabelle“

Stellungnahme:

Wird mit Finanzabteilung abgestimmt und entsprechend umgesetzt.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Der Antragsteller erklärt, dass mit der Beantwortung der Sachverhalt geklärt ist.

Zu Lfd.-Nr. 126: Antrag der CDU-Fraktion betr. Anbindung des Parkplatzes der L3274 zwischen Niederauroff und Görsroth an den Wanderweg am Auroffer Bach und zur Auroffer Mühle (ehem. Bottmühle) „Diese Maßnahme soll vom Landschaftspflegeverband umgesetzt werden“

Stellungnahme:

Maßnahme kann dem Landschaftspflegeverband zur Prüfung und nach Rücksprache ggf. auch zur Umsetzung übergeben werden. Die Mittel für die Maßnahmenrealisierung würden nach Vorlage des Prüfungsergebnisses in einem der nächsten Haushalte zu veranschlagen sein.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Zu Lfd.-Nr. 137: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Wörsdorf, Prüfung Multifunktionsfeld

Stellungnahme:

In den letzten Jahren sind viele Standorte geprüft und als ungeeignet befunden worden. Bei einem Gesprächstermin mit der TSG Wörsdorf ist die Frage aufgeworfen worden, ob es eine Möglichkeit ist, Teile des Naturrasenplatzes zu nutzen, den von beiden Seiten (Vereinsseitig und vom P+R Parkplatz aus) zugänglich zu machen, und dort ein Multifunktionsfeld zu errichten. Hier muss eine konzeptionelle Vorklärung mit Vereinsvertretern, dem OBR und Amt 3 erfolgen.

Aus früheren Suchen nach geeigneten Standorten liegen Kostenvoranschläge aus 2013 für Multifunktionsfelder vor, die je nach Feldgröße zwischen 45.000,00 und 65.000,00 Euro liegen.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

11	Mitteilungen des Magistrats
----	------------------------------------

Bemerkungen:

Bürgermeister Herfurth berichtet, dass keine Mitteilungen des Magistrats vorliegen.

12	Verschiedenes
----	----------------------

Bemerkungen:

Da keine weiteren Punkte zum Tagesordnungspunkt vorgetragen wurden, schließt die Ausschussvorsitzende Ludwig, die Sitzung des Ausschusses für Jugend, Umwelt, Kultur, Sport und Soziales um 21:30 Uhr und bedankt sich für die unterjährige gute Zusammenarbeit im Ausschuss.

Petra Ludwig
Vorsitzende

Markus Tuschy
Schriftführer